

5436/AB XX.GP

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Edith Haller und Genossen vom 16. Februar 1999, Nr. 5754/J, betreffend Personalmangel in Tiroler Finanzämtern, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Aufgrund der dem Bundesministerium für Finanzen vorliegenden Leistungskennzahlen ist es bundesweit gesehen möglich, mit dem in den Beihilfengruppen vorgesehenen Personalstand eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von einem Monat sicherzustellen. Lediglich im Finanzamt Innsbruck, und keineswegs in allen Tiroler Finanzämtern, ist es leider in der zweiten Jahreshälfte - hier fallen die Anspruchsüberprüfungen für Studenten an - zu unvorhersehbaren Krankheits- und sonstigen Ausfällen beim Stammpersonal gekommen. Dadurch hat sich die Bearbeitungsdauer verlängert. Dies führte im Beschwerdefall dazu, daß vorübergehend (automatisch) die Einstellung der Familienbeihilfe für eines von drei Kindern erfolgte, was ich bedaure. Inzwischen ist der Anschluß an den Bundesdurchschnitt auch beim Finanzamt Innsbruck wieder hergestellt worden.

Entgegen der Berichterstattung in der Tiroler Tageszeitung ist, wie mir berichtet wurde, kein Personal aus anderen festsetzenden Stellen in der Beihilfengruppe eingesetzt worden, sodaß insoweit Verzögerungen bei Erstellung von Bescheiden nicht eingetreten sind.

Zu 3. bis 5.:

Die Bearbeitung von Abgabenerklärungen war und ist ein Massenverfahren, welches schon immer längerdauernde Durchlaufzeiten erforderte. Ein Vergleich der letzten drei Jahre zeigt, daß zum Beispiel das Finanzamt Innsbruck immer über dem Bundesdurchschnitt lag und jeweils bis zum Stichtag 25. Februar

1997	61.671
1998	64.533 und
1999	65.507

Fälle veranlagt hat.

In der nächsten Zeit sind durch wesentliche Veränderungen in der Ablauforganisation und Verbesserung der EDV - Unterstützung trotz sinkender Personalstände weitere Qualitätssteigerungen zu erwarten.

Zu 6.:

In einer direkten Beantwortung der erwähnten Einzelbeschwerde - die auch Anlaß für den erwähnten Artikel in der Tiroler Tageszeitung gewesen sein dürfte - habe ich bereits mein Bedauern zum Ausdruck gebracht. Ich habe den Auftrag gegeben, in der nächsten Zeit nach Maßgabe der dafür vorhandenen Kapazitäten, das bestehende Verfahren in den Familienbeihilfengruppen daraufhin zu untersuchen, ob derartigen Engpässen in Hinkunft durch Änderungen im Ablauf besser begegnet werden könnte. Dafür ist allerdings auch das Einvernehmen mit dem in Familienbeihilfen federführenden Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie herzustellen.